

253

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.  
Wien, Dienstag, 18. Juli 1911.

---

Zur Einfuhr des argentinischen Fleisches. Aus dem Rathause wird uns zu dem angeblichen Verbot der weiteren Einfuhr des argentinischen Fleisches gemeldet : Offiziell ist im Rathause nichts eingelange, was auf ein Verbot der weiteren Einfuhr von argentinischem Fleische hindeuten würde, wohl aber hat Bürgermeister Dr. Neumayer vor einigen Tagen in dieser Angelegenheit eine Besprechung mit dem Ackerbauminister gehabt, über deren Ergebnis nichts bekannt geworden ist. Infolge dessen konnte auch heute vom Rathause aus nichts veranlaßt werden und es muß die Rückkehr des Bürgermeisters, der sich auf einer Inspektionsfahrt befindet und im Laufe des morgigen Tages zurückkehren soll, abgewartet werden. Für den Fall, als sich die ~~Wahrheit~~ von Nachricht von dem erlassenen Verbote bewahrheiten sollte, ist eine große allgemein zugängliche Versammlung in der Volkshalle geplant, in welcher diese Angelegenheit zur Erörterung gelangen soll.

---

WIENER HAUSBAU KORRESPONDENZ  
Herausgeber und verantw. Redakteur Rudolf Egl.  
21. Jahrg. Wien, Dienstag, 18. Juli 1911.

Wiener Straßenbahner in München. Die Abreise des Gesangsvereines und der Musikkapelle der Wiener Straßenbahner nach München und Salzburg erfolgt Samstag den 22. Juli abends 6<sup>h</sup> 40, Westbahnhof.

Wohnungsnot und Wohnungsfürsorge. +) GR. Melcher stellte in der letzten Gemeinderats Sitzung nachstehenden Antrag: Die Wohnungsteuerung und Wohnungsnot in Wien haben so große Dimensionen angenommen, daß mit den gewöhnlichen Mitteln gegen dieses soziale Uebel nicht mehr angekämpft werden kann. Die Bevölkerung ist auf das tiefste erschüttert von den Zuständen, welche durch die Wohnungsnot und Wohnungsteuerung hervorgerufen wurden und erwartet, daß die Gemeindevertretung energische Mittel zur Abwehr dieser Wohnungsnot in Wien ergreift. Die irrationelle Hauszinssteuer, die Verteuerung des Bodens, die exorbitanten Vermögensübertragsgebühren, die enorm gestiegenen Arbeitslöhne und Materialpreise, die Unsicherheit des Baukredites und die Verteuerung des Baukapitales machen es unmöglich, daß auf dem Wege normaler Bauunternehmung die Abhilfe gegen die Wohnungsnot und Teuerung gefunden wird. Die arme Bevölkerung, die Arbeiter und Gewerbetreibenden, der Mittelstand und die von fixen Pausen lebenden Beamten leiden am schwersten unter diesen Wohnungsverhältnissen. Es müssen daher außergewöhnliche Mittel ergriffen werden, damit schleunigst Hilfe gebracht wird. Wir verweisen auf die ungemein zweckmäßige Art, in welcher die Stadt Mannheim dem Bodenwucher entgegenarbeitet auf die umfassenden Maßnahmen des Brafchaftsrates der Residenzstadt London, die für mehr als 200.000 Bewohner Einfamilienwohnhäuser mit billigen Mietszinsen errichtet hat, auf die unvergleichlichen Betersungen der amerikanischen Stadt Philadelphia, in der mehr als 1 1/2 Millionen Menschen in Einfamilienhäusern untergebracht sind u. dgl. m. Diese Beispiele müssen auch in Wien Nachahmung finden und die Anregung hierzu muß von der Gemeindevertretung ausgehen. Der Winter steht vor der Püre und allgemein ist es bekannt, daß bei einer solchen Wohnungsnot, wie die derzeitige, sich im Winter die unerquicklichsten Szenen bei jenen Leuten, die keine Wohnungen haben und bekommen können, abspielen werden. Wir dürfen daher nichts verabsäumen, um noch vor dem Hereinbrechen

+ ) GR Melcher ersucht uns in vollinhaltliche Wiedergabe des aktuellen Antrages.

des Winters eine energische Aktion ins Leben zu rufen. 1) Vorschläge, die bisher gemacht worden sind, sind derartig, daß sie längere Zeit, weit über den Winter hinaus nicht realisiert werden können. Nach einer aufgestellten Berechnung mit Berücksichtigung der zunehmenden normalen Bevölkerungsziffer pro Jahr mit Hinzurechnung der aus den Umbauobjekten ausziehenden Parteien, der Verzehlichung und daher Neuerrichtungen von Personen, welche in Wien ihren Wohnsitz bei ihren Familien hatten, ergibt, daß bei einer Annahme von durchschnittlich 20 Parteien in einem Gebäude, 800 Wohngebäude, ausgenommen Werkstättenbauten und Fabriken, derzeit und in den künftigen Jahren erbaut werden müßten, um die im Laufe der letzten 6 Jahre viel zu gering errichtete Anzahl von Gebäuden innerhalb der nächsten mindestens 8 Jahre wett zu machen. Dieses Beispiel zeigt daher, daß wir bei gleichmäßiger Erbauung von 800 Wohngebäuden pro Jahr noch mindestens auf 8 Jahre hinaus die Wohnungsnot beibehalten würden. Rasche Hilfe tut daher not und wir stellen infolgedessen nachstehenden Antrag: Die Gemeinde Wien besitzt in vielen Bezirken, z. B. im 2. 10. 18. 15. und 21. Bezirke u. s. w. bedeutende Grundkomplexe, welche ohnehin keine Zinsen tragen. Diese Grundkomplexe sollen von der Gemeinde Wien zur Erbauung von Gebäuden mit kleinen Wohnungen pachtweise ohne Entgelt zur Verfügung gestellt werden. Auf diesen Grundkomplexen sollen Einzelgebäude, von allen 4 Seiten freistehend, aus Parterre und erstem Stock bestehend errichtet werden, und zwar in der Größe daß je 8 oder 4 Wohnungen bestehend aus Vorraum Küche und Zimmer, enthalten. Zwischen diesen Gebäuden wären 2 bis 3 Meter breite Gärten herzustellen, welche mit einem Holzgelenker einsuplanken sind, so daß die darin wohnenden Parteien einen Kieck vor dem Hause zu ihrer Verfügung gestellt haben würden. Diese Gebäude sollen so billig als möglich errichtet werden, so daß der Mietszins für Zimmer und Küche tatsächlich ein billiger sein kann. Hierbei darf aber nicht außeracht gelassen werden, daß das gesamte investierte Kapital sich in 12 Jahren vollkommen amortisiert haben muß. Damit die Häuser nicht in ganz einheitlicher Weise aufgeführt werden sollen, müssen verschiedene Typen durch eine Konkurrenzanschreibung unter den Wiener Architekten eingeholt werden. Es wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß eine Verbilligung dieser Bauten ermöglicht werden kann, da geplant ist, diese Bauten nur durch 12 Jahre stehen zu lassen, u. zw. während der zwölfjährigen Steuerfreiheit, wenn von den strengeren Vorschriften der Bauordnung bei diesen Objekten Abstand genommen wird. So sollen im Parterre die Umfassungswände nur 30 cm stark hergestellt werden, während im ersten Stock die Gebäude Riegelwandausführung erhalten können. Die Stiege in den ersten Stock soll aus

Holz hergestellt werden dürfen etc. etc. Die Gemeinde Wien erleidet gar keinen Schaden, trotzdem sie sofort nach erfolgter Parzellierung die projektierten Straßenzüge, sowie die Kanalisation, Beleuchtung und Wasserleitung in diesen Straßenzügen herstellt, da durch Errichtung dieser Straßen die bisher brach liegenden Gründe bedeutend an Wert gewinnen und nach zwölfjähriger Benützung und Demolierung dieser Objekte durch die Wertsteigerung sowohl die Ausgaben für Straßentbauten einerseits, als auch die Verzinsung des Grundwertes bei Veräußerung der Grundstücke andererseits hereingebracht werden kann. Die Beispiele der großen Städte sollen auch für uns maßgebend sein, daß zuerst die Straßen und alle in diesen Straßenkörper hineinzulegende Bestandteile hergestellt werden, bevor das anstoßende Territorium der Verbauung übergeben wird. Es würde sich dadurch eine bedeutend größere Bautätigkeit in Wien, an der Peripherie der Stadt entwickeln und viele Leute, die heute wegen der Unzugänglichkeit zu den einzelnen Villen und wegen des Nichtvorhandenseins von Gas, Wasserleitung etc. an den Bau solcher Einfamilienhäuser nicht geschritten sind, würden beim obigen Vorgang der Gemeinde daran gehen, ein eigenes Heim zu errichten. Nach einer Berechnung dürfte ein Gebäude für 8 Parteien in der Weise wie oben beschrieben, ausgeführt, bei einer verbauten Fläche von 1600 m<sup>2</sup>, die vollkommen genügen würden K 16.000 kosten. Der übliche Zins für Zimmer und Küche beträgt heute beinahe in allen Bezirken mindestens 28 K bis 30 K, ja auch 32 K bis 34 K per Monat. Nimmt man nun an, daß die Partei in einem solchen Hause für Zimmer und Küche nur 20 K bezahlt, so ergibt dies bei 8 Parteien pro Jahr K 1920. Rechnet man von diesem Betrage 25 % für Hauszinssteuer in der Steuerfreiheit, Erhaltungskosten und sonstige Abgaben ab, was K 480 ausmacht, so verbleiben K 1440. Das gibt eine 9 %ige Verzinsung des gesamten Anlagekapitales von K 16.000. Diese Verzinsung ist nur möglich, nachdem der Grund unentgeltlich zur Verfügung gestellt wird. Wenn nun bei diesem Gebäude für den gesamten Betrag von K 16000 an die Sparkassen 4 1/2 % Zinsen bezahlt werden, so verbleiben noch immer zur Amortisation des Gesamtkapitales pro Jahr K 720, übrig. Das ergibt in 12 Jahren während der Steuerfreiheit, so lange auch die Gebäude bestehen sollen K 8640, Rechnet man hierzu die Zinsen und Zinsezinsen von K 720 pro Jahr durch 12 Jahre, so kommt man mit Hinzurechnung des Altmaterialwertes bei Demolierung dieser Gebäude gewiß auf den Anschaffungswert, Bezüglich der Finanzierung denken wir uns die Zuhilfenahme der kommunalen Sparkassen. Mit Rücksicht darauf, daß ein solcher Bau sich in 3 Monaten fix und fertig herstellen läßt, könnte ein Teil dieser Objekte noch rechtzeitig

im heurigen Jahre errichtet werden und auf diese Weise wenigstens der Wohnungsnot der Armen noch vor Einbruch des Winters abgeholfen werden. Rechnet man, daß nun in einem Bezirke eine Kolonie von 100 solchen Wohngebäuden errichtet, die architektonisch ein sehr schönes Aussehen erhalten können, wenn sie richtig gruppiert sind und in jedem solchen Gebäude 8 Parteien wohnen, so gibt dies in einem Bezirke zusammen 800 Wohnungen. Wird dies nun in 10 Bezirken gemacht, so haben wir 8000 solche Wohnungen geschaffen, wodurch gewiss der Ärmsten Bevölkerung schleunigst Hilfe geleistet wird. Aber nicht nur allein, daß diese Wohnungen für die Ärmsten errichtet würden, wäre auch durch die plötzliche rege Bautätigkeit bei so vielen Objekten den Gewerbetreibenden und Geschäftsleuten ein größerer Verdienst sicher. Andererseits muß bemerkt werden, daß durch die Erbauung solcher 1000 Objekte zusammen in den einzelnen Bezirken sowohl die Gemeinde, als auch der Staat durch die Staats- und Gemeindesteuer ihren guten Anteil erhalten würden. Wir stellen daher den Antrag, der Gemeinderat beschließe eine Kommission einzusetzen, welche ungesäumt auf Grund der hier mitgeteilten Tatsachen und Vorschläge das Material studiert und sodann unverzüglich diesbezügliche Vorschläge macht, damit diese wirksamen Mittel gegen die herrschende Wohnungsnot und Wohnungsteuerung schleunigst ins Werk gesetzt werden.

~~Städt. Asyl- und Werkhaus VB. Dr. Porzer hat gestern vormittags in Begleitung des StR. Wippl, des Bezirksvorstehers Bruza von Favoriten, des Obermagistratsrates Pohl und des Stadirektors Sykora das städt. Asyl- und Werkhaus im 10. Bezirk zur dessen Area ein Zukun zur Unterkunft von Obdachlosen errichtet werden soll, besichtigt. Der Vize-Bürgermeister wurde vom Kontrollor Kráizek in Vertretung des auf Urlaub befindlichen Verwalters Decker begrüßt und durch die Anstaltsführerin geführt und sprach sich über den Betrieb der Anstalt sehr lebhaft aus.~~

Ernennungen. Der Stadtrat hat nach einem Bericht des VB. Hoß im Status des Konskriptionsamtes ernannt: Leopold Bachmann zum Kommissär, Anton Panesch, Franz Wohlzogen, Johann Rohlena, Georg Postulka und Rudolf Gubsch zu Offizialen, August Seemann und Johann Margreiter zu Akzessisten.

Pensionierung. Der Stadtrat hat nach einem Bericht des VB. Hoß dem Ansuchen des Steueramtsoberkontrollors Josef von Rechenberg um Versetzung in den bleibenden Ruhestand Folge gegeben.